

PL

Parlamentarische Linke in der SPD-Bundestagsfraktion

Agenda 2010

**Positionsbestimmungen und Vorschläge
aus der Sicht der PL**

Berlin, den 17. April 2003

Vorbemerkung

Hiermit legt die Parlamentarische Linke (PL) eine Positionsbestimmung zu den großen Reformnotwendigkeiten in unserem Land vor. Das Papier bezieht sich auf die Rede des Bundeskanzlers vom 14. März 2003. Die Agenda 2010 markiert einige Eckpunkte. Wir gehen davon aus, dass für die zweite Regierungszeit von Gerhard Schröder weitere Reformen anstehen.

Die PL ist keine fest gefügte Einheit, sondern ein offener Gesprächskreis. Wir versuchen, verschiedene Schwerpunkte und unterschiedliche Ausrichtungen zusammenzufassen. Dieses Papier ist ein Diskussionsangebot, wie die notwendigen Weichenstellungen für die Zukunft unseres Landes aus unserer Sicht vorzunehmen sind.

Wir wollen die Aufgabe, unser Land zu erneuern, mit Nachdruck vorantreiben. Die PL sieht die großen Reformnotwendigkeiten in Wirtschaft und Gesellschaft. Wir wollen die Reformen, die unser Land braucht, nicht verwässern, sondern verbessern und erweitern.

Vor allem die weltwirtschaftliche Entwicklung hinterlässt dramatische Spuren auf dem Arbeitsmarkt und in den öffentlichen Haushalten. Durch die strukturellen Umwälzungen und demographische Faktoren, aber auch durch die Versäumnisse der Regierung Kohl in den 1990er Jahren muss unser Land gewaltige Herausforderungen bewältigen. Dies muss nun unter sehr viel schwierigeren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geschafft werden. Im Zentrum steht dabei die Stabilisierung der Wirtschaft. Ohne eine Politik, die Impulse und Innovationen gibt und gleichzeitig die Konsolidierung vorantreibt, werden wir in der Globalisierung nicht bestehen können.

Konservative Kreise in Politik, Wirtschaft und Publizistik setzen Anpassung mit Reformen gleich. Diese konservative Sichtweise, die vor allem von CDU/CSU und FDP vertreten werden, ist vor dem Hintergrund historischer Erfahrungen ein gefährlicher Irrweg. Er führt zu Spaltungen und Krisen und damit zu einer Gefährdung von Demokratie und Freiheit. Reformen brauchen Ziele und Wertorientierungen, damit sie nicht entleert und beliebig werden.

Deshalb: Wir Sozialdemokraten wollen Reformen, die sich daran messen lassen, ob sie zu gesellschaftlichem Fortschritt beitragen. Sie müssen der Fortentwicklung der Gesellschaft insgesamt dienen, damit mehr Gerechtigkeit und Freiheit verwirklicht werden. Der Bundeskanzler Gerhard Schröder hat die Linie vorgegeben: Die Erneuerung des europäischen Gesellschaftsmodells, das allen Menschen mehr Chancen und Teilhabe ermöglicht. Dafür brauchen wir eine solidarische Kraftanstrengung.

1. Die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft

Wir befinden uns in einer Zeit der Zuspitzungen. Unser Land wie auch die Weltwirtschaft stecken in dem tiefgreifendsten Umbruch seit den 1950er Jahren, deren Triebkräfte die globale Integration der Märkte, die Radikalisierung des Wettbewerbs und das Übergewicht von Finanzinteressen sind. Dadurch wurde die nationalstaatliche Politik - und damit die soziale Demokratie – geschwächt.

In anderen Ländern trugen die Folgen dieser Entwicklung zu einem Erstarren autoritärer und rechtspopulistischer Bewegungen bei. Von daher ist besonders die Sozialdemokratie gefordert, für die Einbindung der Wirtschaft in eine soziale und ökologische Verantwortung und für einen Interessenausgleich zwischen Kapital und Arbeit zu kämpfen. Unsere Zeit braucht neue Antworten zur Erneuerung der sozialen (und ökologischen) Marktwirtschaft.

Unsere Politik orientiert sich an den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Nur so kann in einer Welt, die immer schneller zusammenwächst, neuer Fortschritt möglich werden. Das Bestehende nur zu verteidigen hieße, das Erreichte zu gefährden. Es durch Innovationen im umfassenden Sinn zu verändern, eröffnet dagegen neue Chancen für mehr Lebensqualität, Freiheit und Zusammenhalt.

Die Chancen sind da. Weltweit arbeiten die Menschen immer enger zusammen, bekommen dieselben Informationen, nehmen an kulturellen und sportlichen Ereignissen teil, machen an vielen Orten gemeinsam Urlaub. Sie erfahren praktisch, dass wir in der Globalisierung auf Gegenseitigkeit angewiesen sind und dies eine Bereicherung ist.

Ob die Chancen der Globalisierung für eine Welt der Vielfalt, Demokratie und Zusammenarbeit genutzt werden, hängt entscheidend von der Entwicklung in Europa ab, die soziale Demokratie und innovative Leistungsfähigkeit weiter zu entwickeln. Bei dieser Aufgabe hat die Sozialdemokratie eine Schlüsselrolle. Sie kann sie ausfüllen, wenn unsere Gesellschaft gemeinsam handelt, wirtschaftlich stark ist und reformfähig bleibt.

2. Soziale Demokratie oder liberaler Kapitalismus

Die Alternative, um die es geht, heißt liberaler Kapitalismus oder soziale Demokratie. Seit dem Ende der zweigeteilten Welt setzte sich gegen die soziale Marktwirtschaft der Vorrang einer Kurzfrist-Ökonomie durch, die sich in erster Linie auf immer schneller fließende Finanzströme und multinational tätige Kapitalgesellschaften stützt. Geprägt wird diese fragwürdige Entwicklung von der Ideologie des so genannten Washington-Konsenses, der von den Interessen großer Kapitalanleger bestimmt wird. Diese 1989 in den USA entwickelte neoliberale Anpassungsstrategie setzt zu Lasten von Beschäftigung und sozialer Sicherheit auf Steuersenkungen um jeden Preis, auf Deregulierung und auf die strikte Zurückführung öffentlicher Aufgaben. Heute wird die Welt von dem angelsächsischen Modell des Kapitalismus geprägt.

Das Diktat der kurzen Frist zeigt – verstärkt durch den demographischen und technologischen Wandel - verhängnisvolle Folgen: Investitionen in produktive Bereiche gehen zurück, Infrastruktur wird vernachlässigt, die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte spitzt sich zu, die Systeme der sozialen Sicherheit sind gefährdet, Arbeitslosigkeit verfestigt sich, die Umweltzerstörung wird nicht gestoppt. Diese Form der Globa-

lisierung aus Marktradikalismus und Privatisierung schwächt die soziale Demokratie, die allein ein neues Gleichgewicht und neue Sicherheit schaffen kann.

Nach der großen Weltwirtschaftskrise kam das britische Wirtschaftsblatt *The Economist* in den 1930er Jahren zu dem warnenden Fazit: „Das größte Problem unserer Gesellschaften besteht darin, dass die Entwicklung auf wirtschaftlicher Ebene die Entwicklung auf politischer Ebene dermaßen übertrifft, dass die Politik nicht mithalten kann. Die Spannung zwischen diesen beiden gegensätzlichen Entwicklungen lösten reihenweise Erschütterungen und Spannungen aus“.

Vor dem Hintergrund dieser geschichtlichen Erfahrung stellen wir Sozialdemokraten uns der schwierigen Aufgabe, einerseits der Wirtschaft den Rahmen für eine neue Dynamik zu ermöglichen und andererseits soziale und ökologische Reformen durchzusetzen. Beide Ziele gehören zusammen, denn ohne eine starke ökonomische Basis sind Reformen nicht möglich und eine leistungsfähige Wirtschaft verlangt den inneren Frieden.

Die neoliberale Ideologie führt dagegen immer tiefer in eine Sackgasse. Deshalb muss die Auseinandersetzung zwischen dem Modell des liberalen Kapitalismus und der sozialen Demokratie offensiv angenommen werden, um politische Gestaltungsmacht zurück zu erkämpfen und die Globalisierung zu gestalten. Dies ist umso wichtiger, weil die Weltwirtschaft von dem Einbruch der amerikanischen Wirtschaft bedroht wird. Dies wird die Krisenhaftigkeit verschärfen. Auch deshalb brauchen wir eine offensive Wirtschafts-, Geld- und Finanzstrategie in Deutschland und Europa.

3. Das sozialdemokratische Projekt der Gestaltung

„Die Welt verändert sich in rasender Geschwindigkeit... Entweder wir modernisieren - und zwar als soziale Marktwirtschaft - oder wir werden modernisiert – und zwar von den ungebremsten Kräften des Marktes, die das Soziale beiseite drängen“, so Gerhard Schröder in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 14. März 2003. Damit ist der Weg für eine sozialdemokratisch geprägte Agenda 2010 vorgezeichnet: Unser Ziel ist – wie der Bundeskanzler herausgestellt hat – die Erneuerung und Zukunftsfähigkeit des „europäischen Gesellschaftsmodells“.

Die soziale Frage kommt heute in aller Schärfe zurück. Kein automatisches Wachstum wird uns die Antwort abnehmen. Ralf Dahrendorf hat Recht: Wenn es nicht gelingt, die Prozesse, die unter dem Stichwort der Globalisierung gefasst werden, im weitesten Sinne sozial zu regeln, droht uns ein autoritäres Jahrhundert. Gruppeninteressen und Egoismus müssen in einer großen und solidarischen Gemeinschaftsanstrengung überwunden werden. Dann kommen wir zu mehr Wirtschafts- und Lebensqualität.

Reformen müssen den Menschen Ängste nehmen und ihnen Sicherheit geben. Dafür setzen wir mit Hilfe technischer Innovationen auf eine neue wirtschaftliche Dynamik, die hohe Produktivität mit mehr Beschäftigung verbindet. Auf dieser Basis können wir zu mehr sozialer Sicherheit und ökologischer Verträglichkeit kommen, damit Willkür zurückgedrängt und Ausgrenzung verhindert werden. Das ist die zentrale Herausforderung an die Sozialdemokratie, die weit über die bisherige Agenda 2010 hinausreicht.

Deshalb passen wir uns nicht den Konzepten des Marktradikalismus an, der von einem ökonomischen Einheitsdenken ausgeht, das keine Perspektive für eine gute Zukunft bietet. Wir sehen die Entwicklung der Gesellschaft insgesamt, um die soziale

Marktwirtschaft unter den veränderten Bedingungen zu erneuern. Dieser Weg ist schwierig, aber er wird sich für alle auszahlen.

4. Unser Leitziel heißt Nachhaltigkeit

Gerade in Umbruchzeiten, wenn die bisherigen Sicherheiten nicht mehr funktionieren, aber die neue erst geschaffen werden muss, stützen wir uns auf den Kernbestand unserer programmatischen Identität, um sie in neuer Form zu bewahren. Deshalb verteidigen wir selbstbewusst unsere historischen Erfolge, damit die Substanz der erkämpften sozialen und demokratischen Errungenschaften in unserem Land - von der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bis zum Flächentarifvertrag, von der Mitbestimmung bis zum Kündigungsschutz - nicht gefährdet werden. Wir bekennen uns zu diesen Errungenschaften, sie sind ein wichtiger Teil der sozialen Balance in unserem Land. Sie schafft das Vertrauen, das wir für die notwendigen Veränderungen in unserem Land brauchen.

Die soziale Demokratie ist kein Selbstzweck. Generationengerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit bei der Bewältigung der großen Lebensrisiken sind unsere Gestaltungsmaxime für das Allgemeinwohl durch die Erneuerung von Wirtschaft und Gesellschaft. Angesichts von Globalisierung, EU-Erweiterung, Krise der Erwerbsgesellschaft und demographischem Wandel ist ein gerechter, innovativer, effizienter und transparenter Sozialstaat unverzichtbar.

Unser Leitbild für diese Aufgabe ist das Konzept der Nachhaltigkeit, der Zusammenhang zwischen innovativer Wirtschaft, sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Verträglichkeit und soliden Finanzen. Das ist die große Botschaft für eine gute Zukunft. Nachhaltigkeit ist die Leitlinie und das Ziel für die Modernisierung unserer Gesellschaft unter den globalen Herausforderungen. Sie muss gegen starke Kräfte durchgesetzt werden.

Das kann nur erfolgreich sein, wenn die Umbaumaßnahmen so organisiert werden, dass sie drei Kriterien erfüllen:

- Sie müssen insgesamt sozial gerecht und in der Verteilung der Lasten ausgewogen sein;
- sie müssen so ausgestaltet werden, dass die Umbauphase nicht zu unververtretbaren Brüchen und Härten führt;
- Fördern und Fordern heißt, dass auch tatsächlich neue Chancen eröffnet werden, also Innovationen voran gebracht werden.

5. Innovationen für eine gute Zukunft

Im Vordergrund der Agenda 2010 steht, mehr Arbeit zu schaffen. Dafür wollen wir die Voraussetzungen für Innovationen in einem umfassenden Sinne verbessern und unserer Politik der Erneuerung eine neue und dauerhafte Grundlage geben. Der entscheidende Schlüssel für den Erfolg ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Ein strategischer Hebel für dieses Ziel ist die Fortentwicklung der ökologischen Modernisierung der Wirtschaft. Sie ist über die massive Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz sowie über den Ausbau der Solarwirtschaft in der Lage, Wett-

bewerbsfähigkeit mit mehr Beschäftigung zu verbinden. Deshalb bleibt der Klimaschutz ein wichtiger Bestandteil in einem Bündnis von Arbeit und Umwelt. Dazu zählen ebenso höhere Ausgaben für Investitionen in die Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungschancen sowie in Forschung und Entwicklung.

Mehr wirtschaftliche Dynamik als Grundlage für Wertschöpfung, Beschäftigung und Umweltschutz braucht neue Produkte, Verfahren und Märkte. Die ökologische Modernisierung erschließt diese Chancen im breiten Stil, insbesondere in Handwerk und Mittelstand, weil sie Kostensenkungen mit starken Nachfrageimpulsen verbindet, die über die ganze Wirtschaft wirken. Wir sparen Megawatt, Material und Abfall statt Arbeitsplätze abzubauen.

Die Material- und Energiekosten machen anteilig in der Volkswirtschaft die höchsten Belastungen aus und erfordern hohe Importkosten. Von daher schaffen ökologische Innovationen, die Material und Energie einsparen, nicht nur in einem großen Umfang neue Beschäftigung und Märkte. Sie finanzieren sich auch in einer kurzen Frist. Das Payback, in dem sich die Investitionen in derartige Maßnahmen auszahlen, liegt oftmals bei weniger als 12 Monaten.

Hier kann die Bundesregierung nahtlos an ihre Politik der ökologischen Modernisierung seit 1998 anknüpfen. In der Erschließung dieser Zukunftsmärkte liegt weltweit das größte Innovations- und Beschäftigungspotential. Deshalb wollen wir in Energie und Material drastisch reduzieren, zu einer Effizienzrevolution kommen, die den Verbrauch massiv senkt. Soweit es geht die Kreislaufwirtschaft verwirklichen und die erneuerbaren Energien noch stärker und umfassender fördern. Dank einer 10-%-igen Reduktion von Energie und Material werden nicht nur neue Produkte und Märkte geschaffen, die vor allem dem Mittelstand zu Gute kommen, sondern in den nächsten zwei bis drei Jahren bis zu 800.000 neue Arbeitsplätze.

Dieses Bündnis für Arbeit und Umwelt wollen wir durch verbesserte Investitionsanreize und Abschreibungsmöglichkeiten fördern, zumal es nicht nur ökonomisch wie ökologisch, sondern auch vor dem Hintergrund der instabilen Situation in der Golfregion vernünftig und geboten ist, eine Strategie „Weg vom Öl“ zu forcieren. Darauf müssen die Anstrengungen konzentriert werden.

6. Offensive für Bildung und Innovationen

Unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem beruht wesentlich auf einer Struktur, die sehr stark technologisch begründet ist. Diese solide und anerkannte Stärke unseres Landes wollen wir nutzen. Durch ein zielgenaues und erweitertes Finanzierungssystem für neue Technologien kann die Politik dazu beitragen, dass unser Land seine innovativen Stärken besser nutzt. Zudem muss sie technologische Fähigkeiten bündeln und Anreize für den schnelleren Transfer von Erkenntnissen in wirtschaftliche Anwendungen schaffen. Sie muss Existenzgründungen aus dem Technologiebereich finanziell und organisatorisch unterstützen. Dabei geht es auch um die Sicherung kleiner und mittlerer Unternehmen durch ein für Kapitalanleger attraktives System für die Finanzierung auch verhältnismäßig kleiner Investitionen.

Mit der Steigerung der Bundesmittel für Bildung und Forschung um 25 Prozent in den letzten 5 Jahren ist hier ein guter Weg vorgezeichnet. Wir begrüßen die Absicht von Bundeskanzler Gerhard Schröder, dass die Forschungsorganisationen im nächsten Jahr wieder einen Zuwachs von 3 Prozent erhalten sollen.

Auch die Projektmittel aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm (UMTS-Mittel) müssen im Rahmen der Agenda 2010 verstetigt werden. Bei den Mitteln für Bildung, Forschung und technologische Innovation muss in diesem Rahmen ein kontinuierlicher Aufwuchs erfolgen. Für den gesellschaftlichen Fortschritt ist die öffentliche Förderung von Bildung, Forschung und Innovationen unverzichtbar.

7. Stärkung der öffentlichen Haushalte

Vor dem Hintergrund der schlechten Lage der Weltwirtschaft und der europäischen Konjunktur müssen diese Anstrengungen auch durch ein EU-weit abgestimmtes Investitions- und Innovationsprogramm verstärkt werden. Dies muss durch eine abgestimmte Geldpolitik flankiert werden, die Wachstum fördert. Der Erweiterungsprozess der EU wird nur dann erfolgreich sein können, wenn es zu Maßnahmen kommt, die zu mehr ökonomischer Leistungskraft führt.

Die Erhöhung der öffentlichen Investitionen – vor allem in den Städten und Kommunen – auf europäisches Niveau, das derzeit rund 2,5 Prozent des BIP beträgt, erfordern in Deutschland in den nächsten Jahren eine starke Anstrengung. Um die Wirtschaftskrise dauerhaft zu überwinden, braucht unser Land ein qualitatives Wachstum. Wir begrüßen deshalb die Maßnahmen der Bundesregierung, vor allem bei den Kommunen die öffentlichen Investitionen mit Nachdruck zu stärken. Zinsverbilligte Kredite sind ein guter erster Schritt. Sie reichen vor dem Hintergrund der zum Teil katastrophalen Finanzsituation der Kommunen allerdings nicht aus. Dies zeigt sich in besonderer Weise in den neuen Bundesländern und in den strukturschwachen Regionen.

Wir begrüßen die Pläne, die kommunale Finanzsituation zu verbessern. Die Gemeindefinanzreform muss dafür sorgen, dass die öffentlichen Einnahmen nicht nur stabilisiert, sondern auch nachhaltig verbessert werden. Bundeskanzler Gerhard Schröder hat in der Regierungserklärung vom 14. März zu Recht festgestellt, dass für weitere Steuersenkungen kein Spielraum besteht.

Die Bundesregierung hat mit ihrem Soforthilfeprogramm den ersten Schritt zur Sanierung der Gemeindefinanzen getan. Die Entlastung bei der Fluthilfefinanzierung sowie das kommunale und private Investitionsprogramm stärken die lokale und regionale Wirtschaft. Die Reform der kommunalen Finanzen soll pünktlich zum 1. Januar 2004 in Kraft treten. Im Zentrum steht die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer. Sie lässt sich nur sinnvoll zu einer kommunalen Betriebssteuer entwickeln, wenn die Bemessungsgrundlage deutlich verbreitert wird und die Besteuerung konsequent am Ort der Wertschöpfung stattfindet. Dazu muss die gewerbesteuerliche Organschaft abgeschafft werden.

Bemessungsgrundlage einer kommunalen Betriebssteuer müssen alle im örtlichen Betrieb erwirtschafteten Kapitalentgelte sein: die Gewinne, alle vom Betrieb netto bezahlten Schuldzinsen sowie ein angemessener Teil der bezahlten Mieten, Pachten und Lizenzgebühren. Dadurch entsteht auch Spielraum für eine maßvolle Absenkung der nominalen Steuersätze. Die steuerliche Privilegierung von Fremdkapital gegenüber Eigenkapital wird durch diese Maßnahmen aufgehoben.

Das kommunale Hebesatzrecht ist auch für die weiterentwickelte Gewerbesteuer zu beizubehalten.

Die angedachte Zinsabgeltungssteuer ist unter den heute gegebenen Bedingungen nicht zielführend. Statt der erwarteten Mehreinnahmen wird sie bei Bund, Ländern

und Gemeinden zu dauerhaften Einnahmeausfällen in der Höhe von voraussichtlich 3 Milliarden Euro führen. Nachdem die Opposition aus Union und FDP im Bundesrat eine Verbesserung der Einnahmeseite weit gehend blockiert hat, sind zusätzliche Einnahmeausfälle nicht zu verantworten. Außerdem sind die Voraussetzungen für eine Rückkehr von im Ausland angelegtem Kapital wegen der bisher nicht erreichten Einigung in der EU über die Informationspflichten bei den Zinserträgen nicht erfüllt.

Die absehbaren Mindereinnahmen gefährden die Haushaltskonsolidierung und die Einhaltung der Maastricht-Kriterien. Zudem macht eine Zinsabgeltungssteuer das Steuersystem komplizierter. Die Eigenkapitaldecke bei deutschen Unternehmen würde dünner werden, da es steuermindernd wäre, Eigenkapital durch Eigentümerdarlehen zu ersetzen.

Angesichts der weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten können sich die Gebietskörperschaften keine weiteren Steuerausfälle leisten. Zudem würde die Diskussion um die Gewerbesteuerumlage, die Gemeindefinanzreform und die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusätzlich erschwert. Deshalb muss dieses Projekt aufgegeben werden.

Nach Auffassung der PL muss eine angemessene Belastung der großen Vermögensbesitzer durch die Weiterentwicklung der Vermögens- und Erbschaftssteuer weiter verfolgt werden. Auch wenn dieses Projekt derzeit keine Mehrheit im Bundesrat hat, wird die Zielrichtung von uns weiter vertreten. Es bleibt dabei: Breite Schultern müssen auch mehr Lasten tragen, damit es auch zu einer solidarischen Gemeinschaftsanstrengung kommt.

8. Den sozialen Frieden bewahren

Der Wohlstand, die Innovationskraft und der soziale Frieden gründen sich auf einem fairen Interessenausgleich zwischen Kapital und Arbeit. Die soziale Sicherheit ist kein Selbstzweck, sondern entspricht unserem Verständnis von Politik. Sie schafft Vertrauen für Sicherheit im Wandel. Hierin lag und hierin liegt die Grundlage für den gesellschaftlichen Konsens und für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

Deshalb weisen wir auch den Angriff auf die Gewerkschaften, wie wir ihn in einer unheiligen Allianz aus Unternehmensverbänden, Teilen der Publizistik und der CDU/CSU und FDP erleben, mit aller Schärfe zurück. Wir sehen hierin einen Angriff auf das Grundverständnis unserer Verfassung, um die „Revolution des Kapitals“ vorzubereiten, mit der die soziale Marktwirtschaft beerdigt werden soll.

Wir halten am Kündigungsschutz fest. Es bleibt nach wie vor richtig, was wir in unserem Wahlprogramm beschlossen haben: „Wir haben den sozialen Frieden wiederhergestellt: Der Kündigungsschutz gilt auch wieder in kleineren Betrieben mit mehr als 5 Beschäftigten“. Die geplante Regelung, dass befristet Beschäftigte den Schwellenwert nicht erhöhen, halten wir für vertretbar. Es erscheint uns sinnvoll, diese Regelung erst einmal auf 5 Jahre zu befristen und jährlich auf ihre Beschäftigungswirkung zu überprüfen, um gegebenenfalls Konsequenzen zu ziehen.

Das einkommensabhängige Arbeitslosengeld schafft persönliche Sicherheit und sorgt für soziale Stabilität. Gerade bei älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (ab 55 Jahre), die in der derzeitigen Arbeitsmarktsituation wenig Chancen haben, in den ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden, muss die individuelle Lebensleistung berücksichtigt und ein sozialer Abstieg verhindert werden. Dazu bedarf es nach Ablauf der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes (geplant 18 Monate) einer Regelung,

die in diesen Fällen den Bezug dieser Leistung im bisherigen Umfang verlängert, wenn nicht konkret ein zumutbarer Arbeitsplatz durch das Arbeitsamt oder auf andere Weise angeboten wird.

Die Leitlinie der beschlossenen Reformgesetze zur Umgestaltung des Arbeitsmarktes heißt „Fördern und Fordern“. Sie kann dann eingehalten werden, wenn es nicht zum Missbrauch bisheriger Regelungen kommt und benachteiligte Gruppen auf dem Arbeitsmarkt eine echte Chance der Wiedereingliederung erhalten. Wir halten die neuen (Hartz-) Regelungen (Zumutbarkeit und Sanktionsregelungen) in Verbindung mit den bestehenden Regelungen der Sozialauswahl für ausreichend.

Wir fordern gezielte und nachhaltige Anstrengungen für Qualifizierung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen. Wir brauchen den differenzierten zweiten Arbeitsmarkt, damit die Chance für eine Teilhabe an der Erwerbsarbeit erhalten bleibt.

9. Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe

Durch die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe soll vor allem eine schnelle und passgenaue Vermittlung aller Arbeitslosen- und erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger in den ersten Arbeitsmarkt erreicht werden. Auf der Grundlage der vorhandenen Strukturen wird ein effizienterer Mitteleinsatz ermöglicht. Dabei sind bürokratische Hindernisse zu vermeiden und Verwaltungsverfahren zu vereinfachen.

Es muss sichergestellt sein, dass Personen, die zunächst nicht vermittlungsfähig sind, durch aktivierende Maßnahmen der Qualifizierung und Beschäftigung an den ersten Arbeitsmarkt heran geführt werden.

Bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe muss eine armutsfeste Absicherung der Empfänger der neuen Leistung wegen der notwendigen Pauschalierung einmaliger Hilfen oberhalb der Sozialhilfe gewährleistet sein, bei der keine ergänzende Sozialhilfe erforderlich ist und in der das im Arbeitsleben erarbeitete Vermögen, das der Alterssicherung dient, geschont wird.

- Leitprinzip bleibt der Grundsatz „Fördern und Fordern“, der als Einheit gesehen werden muss. Die Forderung nach einer stärker finalen und vorsorgenden Orientierung der Sozialpolitik ist nicht neu. Anspruch, Inhalt und Organisationsform der Leistung begründen sich aus dem jeweiligen sozialen Problem und richten sich sehr viel stärker auf dessen konkrete Beseitigung.
- Aktivierende Leistungen haben Vorrang gegenüber passiven Leistungen. Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes müssen als Brücke in den ersten Arbeitsmarkt erhalten bleiben. Regionale und strukturelle Besonderheiten, insbesondere in den ostdeutschen Ländern, müssen dabei berücksichtigt werden.
- Die Vermittlung erwerbsfähiger Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfe-Empfänger in den ersten Arbeitsmarkt wird durch Leistungen aus einer Hand (Job-Center) verbessert und kommt somit ohne bürokratische Erschwernisse aus.
- Die zur besseren Arbeitsvermittlung bewährten und leistungsfähigen Strukturen in den Kommunen müssen erhalten bleiben und in das neue System integriert werden. Dies kann beispielsweise über den "Einkauf" von Leistungen durch die Bundesanstalt für Arbeit bei Kommunen und privaten Anbietern unter dem Gesichtspunkt von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit erfolgen.

- Personen sind als „erwerbsfähig“ einzustufen, wenn sie gemäß der Definition im SGB VI mindestens drei Stunden pro Tag erwerbstätig sein können. Durch diese Auslegung der „Erwerbsfähigkeit“ können die Arbeitskraftpotenziale unserer Volkswirtschaft voll ausgeschöpft werden. Die im Rahmen von Job-AQTIV eingeführte Methode der Profilingstufen ermöglicht in strittigen Einzelfällen auch die Einstufung in die Sozialhilfe.
- Die neue Leistung muss für die Leistungsbezieher einen Anreiz zur Aufnahme einer Beschäftigung bieten.
- Den Empfängern der neuen Leistungen werden unterstützende Hilfen (u. a. Betreuungskosten) gewährt, sofern sie die individuelle Vermittlungsfähigkeit verbessern.
- Die neue Leistung muss das „Lebensrisiko Arbeitslosigkeit“ absichern und nachhaltig armutsfest sein. Bei rentennahen Jahrgängen (ab 50 Jahren) entfällt die Bedürftigkeitsprüfung entsprechend den Regelungen bei der Sozialen Grundsicherung. Bei der Ausdifferenzierung der neuen Leistung muss geprüft werden, ob die bisherigen „Kosten der Unterkunft“ (BSHG) nicht durch Zahlung von Wohngeld ersetzt werden können. Hierbei darf keine Sozialhilfebedürftigkeit entstehen.
- Bei der Bedürftigkeitsprüfung für Leistungsempfänger, die jünger als 50 Jahre sind, gelten die Regelungen der Arbeitslosenhilfe.
- Die Beiträge für Kranken- und Pflegeversicherung, sowie zur Rentenversicherung werden gemäß den Regelungen bei der Sozialen Grundsicherung steuerfinanziert übernommen. Geprüft werden muss die Höhe der Versicherungsbeiträge.
- Bei der Ausgestaltung der neuen Leistung ist Vertrauensschutz zu gewähren. Folglich dürfen bestehende Arbeitslosenversicherungs- und Sozialhilfeansprüche nicht verloren gehen.

10. Ausbildung für alle

Jeder Jugendliche; der einen Ausbildungsplatz sucht, muss einen Ausbildungsplatz bekommen. Die Wirtschaft steht in der sozialen Marktwirtschaft in der Bringschuld, diese Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Die Ausbildungsplätze müssen den qualitativen Ansprüchen an eine vollwertige Berufsausbildung entsprechen bzw. den stufenweisen Aufbau einer solchen Ausbildung ermöglichen. Es müssen deutlich mehr Betriebe – als gegenwärtig – ausbilden und diese Chance zur Ausbildung und Berufsqualifizierung anbieten.

Wir unterstützen nachdrücklich die Ankündigung des Bundeskanzlers, dass es zu einer gesetzlichen Regelung kommen wird, wenn die Unternehmen ihre Verpflichtungen nicht einhalten. Mit einer Ausbildungsabgabe, die sich an der Wertschöpfung orientiert, liegen praktikable Konzepte vor. Das JUMP-Programm gegen Ausbildungsnot und Jugendarbeitslosigkeit muss über das Jahr 2003 hinaus gesichert werden.

11. Solidarische Gesundheitspolitik

Wir stehen vor der Notwendigkeit tiefgreifender Reformen im Gesundheitswesen. Sie betreffen nicht nur die Einnahme- und Ausgabeseite. Vielmehr gilt es, das System mit dem Ziel der Verbesserung der Qualität und der Steigerung der Effizienz insgesamt zu reformieren. Hierbei kommt der gezielten Förderung von Prävention und

Vorsorge eine besondere Bedeutung zu. Pläne, entsprechende Maßnahmen auch auf Betriebe und Verwaltungen auszudehnen, begrüßen wir.

Ein wichtiges Ziel ist die Stabilisierung der Beitragshöhe in der gesetzlichen Krankenkasse bei der Sicherung der für die gesundheitliche Versorgung notwendigen Leistungen. Das ehrgeizige Ziel der Reduktion auf 13 Prozent muss in einer Weise verwirklicht werden, dass es nicht zu neuen Fehlentwicklungen oder Überforderungen kommt. Deshalb geht es in erster Linie um die Aktivierung der hohen Wirtschaftlichkeitsreserven in allen Bereichen des Gesundheitssystems, einschließlich der Preisgestaltung im Arzneimittel- und Hilfsmittelbereich. Hierbei kommt den Leistungserbringern und der Pharmaindustrie eine besondere Verantwortung zu. Entscheidend wird zudem das Aufbrechen verkrusteter Standesorganisationen und monopolartiger Strukturen sein.

Das solidarisch und paritätisch finanzierte System der gesetzlichen Krankenversicherung gilt es zu erhalten und zukunftsfest zu machen. Hierzu ist die Verbreiterung der Finanzierungsgrundlagen notwendig. Es muss der Personenkreis, der durch die gesetzliche Krankenversicherung erfasst ist, erweitert werden. Neben Löhnen und Gehältern müssen weitere Einkommensformen in die Beitragsbemessung einbezogen werden. Hierbei ist auch zu prüfen, ob und in wieweit die private Krankenversicherung in den Risikostrukturausgleich der gesetzlichen Krankenversicherung einbezogen werden kann.

Der Vorschlag des Bundeskanzlers, versicherungsfremde Leistungen aus der Finanzierung durch die Krankenversicherung heraus zu nehmen und über Steuern zu finanzieren, wird grundsätzlich unterstützt. Das Krankengeld muss im Leistungskatalog der GKV bleiben und paritätisch finanziert werden. Unsere Finanzierungsvorschläge sind ein Beitrag zur Sicherung der Leistungsfähigkeit unseres Gesundheitssystems.

12. Wir haben es in der Hand

Es besteht kein Zweifel, dass tief greifende Reformen notwendig sind. Unser Land muss für die Herausforderungen der Globalisierung fit gemacht werden, damit wir die soziale Demokratie bewahren und als Modell zur Gestaltung der Globalisierung ausbauen können. Dies ist nur möglich, wenn es zu einer großen und solidarischen Gemeinschaftsanstrengung kommt.

Es ist nicht die Zeit für Rechthaberei und falsche Machtauseinandersetzungen, sondern des ernsthaften Ringens um den besten Weg zu mehr Beschäftigung und zu einem qualitativen Wachstum. Nun müssen wir beweisen, dass wir auf große Herausforderungen auch mutige und zukunftsorientierte Antworten geben. Deshalb wollen wir mehr Demokratie wagen. Nur so kann die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft gelingen.

Deshalb betont die PL vor allem die Bedeutung von Innovationen für Nachhaltigkeit. Wir müssen den Blick auf die Zukunft lenken, um die Gegenwart gestalten zu können. Wir haben es in der Hand, wenn wir jetzt anpacken und gestalten.

Berlin, den 17. April 2003